

tralasiatischen Raumes, sowie dem nahen und mittleren Osten. Außerdem Afrika, Asien, Lateinamerika, wo angeblich „eine auf Regel gegründete Ordnung“ fehlt und die „Demokratie konsolidiert“ werden soll, bis hin zu Israel und Palästina.

Damit wird diesen Staaten jegliche Souveränität genommen, für sich selbst zu entscheiden, wie darin gelebt und regiert wird. Denn die Einschätzung, ob eine auf Regel gegründete Ordnung fehlt, wird ja nicht

dort, sondern in der Bundesrepublik getroffen. Wie die Friedenshilfe der starken, geordneten und demokratischen BRD aussieht, haben wir in Jugoslawien gesehen und aktuell in Afghanistan, wo das deutsche Militär mehr und mehr seine letzten Hemmungen ablegt und Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder totschießt.

Außerdem geht es aber auch um die Ausmerzung der Konkurrenz, vor allem in der Frage der Rohstoffzufuhr, da werden konkret Indien und China genannt.

Auf den Punkt bringt es der CDU-Abgeordnete Wimmer, der von einem Papier spricht, „das die Koordinaten der Republik verändert“.

Nachdem nun geklärt ist, dass die Götter keinesfalls besoffen sind, sondern im Gegenteil ziemlich nüchtern ihre Kriegspläne schmieden, bleibt die Frage nach dem „Was tun?“

Der Kongress der Jugend hat in seinen Erklärungen folgende Antwort gefunden:

„Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, welche die Demokratie in diesem Land gefährden“

„Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

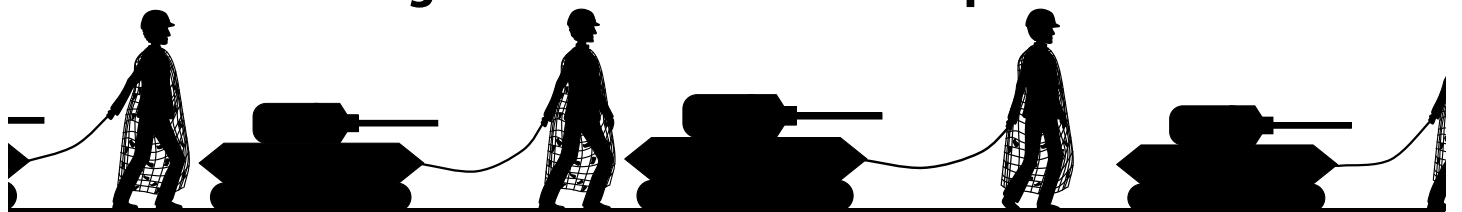
Ganz praktisch fand diese Antwort Anwendung in drei zentral vom, auf dem Kongress gegründeten, Jugendaktionsausschuss organisierten Demonstrationen am 03.11.07 und in einem bundesweiten Aktionstag gegen den Heimatschutz am 31.05.08.

Da sich damit noch keiner der „Götter“ gestört gefühlt hat, geht es nun weiter. Kommt zum Aktionszug gegen den Notstand der Republik!


Rekrutierung für den Krieg:
Zur Kriegsvorbereitung gehört auch die Beschaffung des nötigen Kanonenfutters. Zu diesem Zweck sind sogenannte Jugendoffiziere in Schulen und Betrieben unterwegs. Mit quasi todsicheren Jobangeboten, für die man sich „nur“ 12 Jahre bei der Bundeswehr verpflichten muss, hat man am Ende (wenn man überlebt und nicht am Töten anderer Menschen zerbricht) ein Studium in der Tasche. Oder sie werben mit „Pol&ls“ einem Strategiespiel, bei dem das Kriegshandwerk spielerisch erlernt wird. In Arbeitsämtern ist für viele jugendliche Hartz 4 Empfänger ein Gespräch mit der Bundeswehr als potenziellem Arbeitgeber inzwischen eine Pflicht, von der der weitere Leistungsbezug abhängt. In einem Dutzend Arbeitsämtern hat die Bundeswehr mittlerweile feste Büros eingerichtet, in hundert weiteren ist sie regelmäßig präsent. In sogenannten Kinderbiwaks werden nun auch schon die Achtjährigen kriegsverwendungsfähig gemacht. Auf diesen, von den Reservistenkommandos organisierten Ferienfreizeiten werden so unschuldige Dinge wie Minensuchen oder das Überfallen nachbarlicher Dörfer gespielt.



Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!



Mehr Informationen zu bestellen beim Jugenaktionsausschuss - Notstand der Republik

 <p>Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin, am 13. und 14. Mai 2007 Mit den Referaten vom Jugendkongress zu folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Was ist der Staat - Was ist das Besondere an der bürgerlichen Demokratie in der BRD - Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Polizeien und Geheimdienste - Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren - Die fließenden Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit - Hartz-Gesetze und die Jugend in der Bundeswehr 	 <p>Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Nürnberg, am 2. und 3. Februar 2008 Mit den Referaten und Reden vom Aktivistentreffen zu folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zu den Ursachen des Notstands - Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand - Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde - Aktiv gegen den Heimatschutz - Die Demonstrationen am 3. November 2007
---	---

Jugend gegen Notstand der Republik

A
K
T
I
O
N
S
Z
U
G

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht.

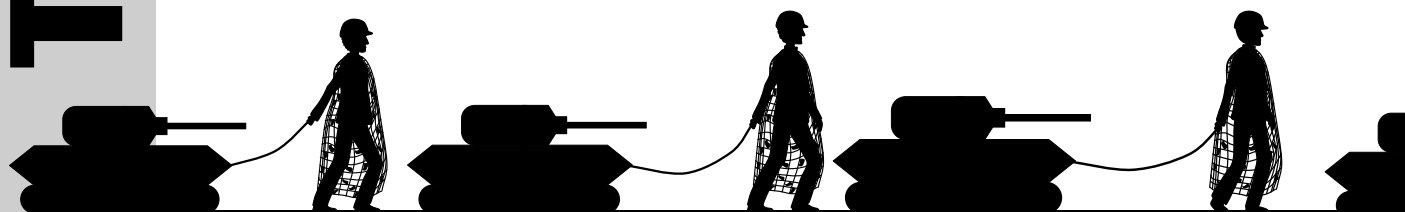
Wir fanden heraus, dass die Zukunft, so wie sie die Herrschenden für uns vorgesehen haben, uns nicht passt. Warum? Darum:

Seit dem Jahr 1990, seitdem die BRD sich die DDR einverleibt hat, findet ein umfassender Staatsumbau statt:

- Es werden trotz oder gerade wegen der Erfahrungen aus dem Faschismus wieder Polizeien, Geheimdienste und Militär in verfassungswidrigen Zentren zusammengelegt.
- Die Bundeswehr, die per Grundgesetz auf Verteidigung beschränkt ist, führt wieder Krieg und wird ebenfalls völlig verfassungswidrig im Inland eingesetzt.
- Große Teile der Bevölkerung werden durch die Hartz-Gesetze entrechtet.
- Das Bundeskriminalamt hat präventive, geheimdienstliche Befugnisse erhalten.
- Es wurde eine verfassungswidrige Bundespolizei geschaffen.
- Die Gesellschaft wird militarisiert u.a. durch die flächendeckende Einführung des sogenannten Heimatschutzes.

All diese Maßnahmen sind eine Gefahr für die bürgerliche Demokratie und dienen der Kriegsvorbereitung. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik.

Deswegen beteiligt Euch am Aktionszug gegen den Notstand der Republik!



Samstag, 8. November 2008

16:00 Uhr, in Hamburg

Neue Große Bergstraße/Ecke Max-Brauer-Allee

Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, Bank: Postbank Essen, Name: M. Wildmoser

Allein schon der sogenannte „Heimatschutz“ lohnt einer genaueren Betrachtung:

Seit 2006 werden in der ganzen Republik Reservistenkommandos stationiert. Jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt, jeder Bezirk, jedes Bundesland hat nun ein eigenes Kommando der Bundeswehr für den „Heimatschutz“. Zu diesem Zweck sind die Reserveoffiziere permanente Berater der jeweiligen Regierung, also z.B. der Bürgermeister. Das Ganze soll dem Schutz der Menschen vor allen möglichen und unmöglichen Katastrophen dienen. Nur wer wird hier vor wem geschützt? Die Menschen aus dem Landkreis, dem Bezirk oder dem Bundesland?

Dazu aus einem Bericht des Verteidigungsministeriums:

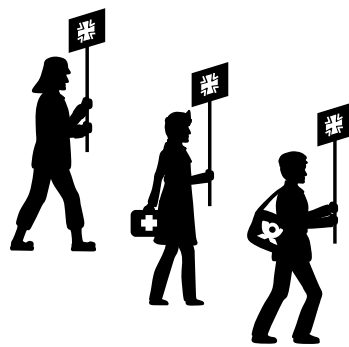
„Die ständige Anwesenheit eines Reservisten in den zuständigen zivilen Behörden ermöglicht ihm als Vertreter der Bundeswehr frühzeitig die Planungs- und Entscheidungsgrundlage dahingehend zu beeinflussen, dass sie den Interessen der Bundeswehr nach Beteiligung und Nichtbeteiligung entgegenkommt und nicht am Interesse des Landes, Bezirks oder Kreises ausgerichtet ist.“

Einen Scheiß geben die also auf jegliche Unterstützung.

Alle ortsansässigen zivilen Katastrophenschutzverbände, wie DLRG, Rotes Kreuz, THW, freiwillige Feuerwehren etc. werden dabei gleich mit eingespannt. Denn nach der CDU/CSU soll im Katastrophenfall, die Führung der Bundeswehr obliegen.

„Dabei ist im Einsatzfall die Führung der zivilen und militärischen Kräfte nach dem Prinzip „Führung aus einer Hand“ durch die erprobte Struktur der Bundeswehr sicherzustellen.“

Das an sich ist schon ein ziemlicher Hammer. Da stehen jetzt um die 3,5 Mio. Menschen, die mit der Bundeswehr nix am Hut hatten, das vielleicht auch explizit nicht wollten, plötzlich unter dem Kommando der Bundeswehr. Menschen, die Leben retten wollten, sind also unter dem Kommando von solchen, die ausgebildet wurden, um Leben zu



1962 ein geradezu blindes Vertrauen in die Sandsäcke schleppenden Soldaten. Und das Sandsäcke Schleppen will ja auch gelernt sein, ist ja nicht ganz leicht, so'n Sandsack. Doch schaut man sich die Übungen der Bundeswehr an, wird man feststellen, dass Sand das letzte ist, womit sich dort beschäftigt wird.

vernichten, nämlich zu töten.

Wenn das doch aber geschieht, um zu schützen, dann ist das vielleicht nötig, sagt sich nun vielleicht der ein oder andere. Gerade in Hamburg gibt es seit der großen Flut von

Im Februar 2007 wurden z.B. Soldaten des Jägerbattalion 292 gegen Demonstranten ausgebildet. Interessant ist: Sämtliche Demonstranten trugen Blaumänner.

Der größte Einsatz dieser neuen Strukturen und damit der Bundeswehr im Inneren erfolgte beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Egal, wie man nun dazu steht, Fakt ist, dass es in diesem Land laut Grundgesetz ein Versammlungsrecht gibt. Beim G8-Gipfel wurden diesem Recht

2000 Soldaten, über ein Dutzend Spähpanzer, neun Marineboote, eine Fregatte und Tornadokampfflugzeuge entgegengestellt. Mit dabei: Die Heimatschutzkommandos von Rostock, Güstrow, Parchim, Bad Doberan und Brandenburg.

In der Katastrophenübung „LÜKEX“ von 2007 in Hamburg wurde der Ausbruch einer Grippeepidemie er-



Erklärung

der Teilnehmer des Jugendkongresses

Notstand der Republik

Aus folgenden Organisationen in der BRD und der ehemaligen DDR:
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, FDJ, IGM-Jugend, Jugendensemble „Die Tage der Commune“ (Brecht/Eisler), KPD(B), PDS, SJD – Die Falken, ver.di-Jugend, Young Socialist Gotha

Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, welche die Demokratie in diesem Land gefährden. Dazu zählen wir insbesondere:

- die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
- den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
- und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.

Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird. Das ist die Zukunft, welche die Herrschenden für uns vorbereiten. Wir aber werden nicht Mörder an unserergleichen. Wir werden weder gegen unser Volk noch gegen andere Völker in den Krieg ziehen.

Im Kampf für unsere Zukunft brauchen wir jedes bisschen Demokratie.

Aus diesen Gründen erklären wir, dass wir gegen den Umbau des Staates kämpfen werden. Wissend, dass dieser Schuh noch ein wenig zu groß für uns ist, treten wir damit in die Fußstapfen der Bewegung, die in den 60er Jahren gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft hat unter der Losung „Notstand der Demokratie“ und kämpfen heute gegen den „Notstand der Republik“, so wie auch damals der Kampf von der Jugend begonnen wurde.

Berlin, 13. Mai 2007

probt. Dabei wurde nicht geguckt, wie man zusätzliche Medikamente, Krankenhausplätze oder Ärzte stellen kann, was ja naheliegend wäre, sondern wie die liegengebliebene Ladung aus dem Hafen gebracht werden kann und Plünderungen und Aufstände niedergeschlagen werden können.

Wenn man sich anschaut, wozu die Führer dieser Heimatschutzkommandos ausgebildet werden, nämlich zur „Kontrolle von unfriedlichen Menschenmengen“ und dem „Ergreifen von Rädelsführern“ wird schnell klar:

Diese Strukturen wurden mitnichten aufgebaut zum Schutz der Bevölkerung, sondern gegen die Bevölkerung.

Was tun? Sprach Zeus, die Götter sind total besoffen!

So kann es einem vorkommen. Jahrelang das Geschwafel vom Frieden, ja Himmelarsch warum dann diese Maßnahmen? Neben dem Weißbuch zur Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung von 2006 gibt vor allem ein Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber Auskunft, was das soll.

Das Papier heißt: „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“ und wurde von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik erstellt, ist also mitnichten ein Fraktionspapier.

Dieses Papier beinhaltet zwei wesentliche Punkte.

Erstens fordert es die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrats.

Der wird in dem Papier als „politisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum“ bezeichnet. Und genau das sind auch seine Aufgaben: „Umfassende, ressortübergreifende Analyse möglicher Be-

drohungen für die innere und äußere Sicherheit“, daraus folgend die Einleitung „präventiver, zeitgerechter und zielgerichteter außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Maßnahmen“, sowie dann die „Koordination der zivil-militärischen Krisenbewältigung und –prävention im Ausland“ und nicht zu vergessen die „Koordination der Einleitung geeigneter Abwehrmaßnahmen und Notfallplanungen sowie des Einsatzes der Heimatschutzkräfte“.

Nachdem der gesamte Staatsapparat zentralisiert wurde, wird mit diesem Nationalen Sicherheitsrat dem Ganzen sprichwörtlich die Krone aufgesetzt.

Er bildet die höchste Stufe der Zentralisierung und soll neben dem Parlament stehen und entscheiden.

Laut Papier wird im Nationalen Sicherheitsrat die Bundeskanzlerin sein und außerdem nach Wunsch des Verteidigungsministers alle sicherheitsrelevanten Akteure. Das heißt vor allem die Bundeswehr.

Damit ist dieser Sicherheitsrat ein Machtzentrum für die Kriegsführung und zur Niederschlagung von Aufruhr im Inneren.

Der zweite wesentliche Punkt, der in diesem Papier enthalten ist, ist die

Frage, gegen wen und wo denn nun Krieg geführt wird. Fest steht, dass er geführt wird: „*Ansichts der steigenden Anzahl von Krisen, die sich negativ auf unser Land auswirken können, muss sich Deutschland auf weitere, länger andauernde Einsätze der Bundeswehr, zur Friedensstabilisierung und zur Friedenserzwingung, vorbereiten.*“ Bei der Frage gegen wen, ist immer weniger, die Rede vom Terrorismus. Daneben werden jetzt neue Einsatzfelder beschrieben, nämlich Staaten.

Es geht da einmal um „*schwache Staaten oder Räume mit begrenzter oder fehlender Staatlichkeit*“, die „*Opfer von Sicherheitsrisiken, aber genauso Quelle für die Bedrohung anderer Staaten*“ sein könnten.

Konkret ist dann die Rede vom Balkan, sowie von Ländern des kaukasischen, kaspischen und des zen-

Erklärung
der Teilnehmer am Treffen des Jugendaktionsausschuss
Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Wir haben dort eine Erklärung verabschiedet, in der wir die Maßnahmen benennen, welche die Demokratie in diesem Land gefährden. Diese Erklärung hat nach wie vor Gültigkeit.

Wir erklärten, dass wir gegen den Umbau des Staates kämpfen werden. Aus diesen Worten, dieser Kampfansage gegen den Notstand der Republik, ausgegeben in der Karl-Marx-Allee in Berlin, wurden Taten, wurden Demonstrationen in der Bürgermeister Smidt Straße in Bremen, auf dem Juri Gagarin Ring in Erfurt und auf dem Bismarckplatz in Regensburg - wurde ein zentraler Aktionstag „Jugend gegen Notstand der Republik“ am 03. November 2007.

Wir sind dieses Wochenende mit neu gewonnenen Mitkämpfern wieder zusammengekommen, um unsere bisherige Arbeit auszuwerten und zu beraten, wie es weiter gehen soll.

Wir stellen fest: Es war mutig und richtig, drei Demonstrationen zu organisieren. Der Mut bestand nicht darin, Demonstrationen zu organisieren, sondern darin, sie unter das Motto „Jugend gegen den Notstand der Republik“ zu stellen. Denn einfacher wäre es gewesen, Menschen gegen Überwachung auf die Straße zu bringen.

Zur Vorbereitung der Demonstrationen haben wir in Organisationen und Gewerkschaften, bei Schul- und Betriebsvertretungen, mit Veranstaltungen und durch Straßenaktionen über den Notstand der Republik aufgeklärt. Das war nicht immer einfach, weil wir damit den Kern der Frage getroffen haben. Wer über den Umbau des Staates spricht, steht auch vor der Frage, wessen Staat dies ist. Wer über den Krieg nach innen und außen spricht, steht auch vor der Frage, in wessen Interesse dieser Krieg geführt wird. Wer über den Notstand der Republik spricht, steht auch vor der Frage, welche Republik eigentlich gemeint ist. Wer über den Staatsumbau seit 1989 spricht, der steht auch vor der Frage, was 1989 passiert ist.

Wir haben erst damit begonnen, uns diese Fragen selber zu beantworten, aber darin sind wir uns einig: 1989 hat die BRD damit begonnen, den Staat DDR zu zerstören und den ihrigen an seine Stelle zu setzen, hat die BRD die DDR annektiert. Das ist die Ursache für den Umbau des Staates. Das ist die Ursache dafür, dass der deutsche Imperialismus wieder andere Völker bedrohen kann. Das ist die Ursache dafür, dass wir in der BRD den Notstand der Republik haben und auf dem Gebiet der DDR einen doppelten Notstand.

Seit dem Jugendkongress hat sich die Lage weiter zugespitzt. Im Mai 2007 haben wir noch über den Aufbau des Heimatschutzes gesprochen, heute war er bereits mit Panzern und Tornados gegen Demonstranten im Einsatz. Die Zentralisierung des staatlichen Gewaltapparates wurde weiter vorangetrieben und die Überwachung und Erfassung der gesamten Bevölkerung wurde zu großen Teilen umgesetzt und verschärft. Die Militarisierung der Gesellschaft hat zugenommen und die Grundrechte werden mehr und mehr in Frage gestellt.

Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!

Nürnberg, 03.02.2008

